



## Lampertheims Zukunft gemeinsam gestalten.

Ökonomisch stark. Sozial verantwortungsbewusst. Offen für Neues.

*Koalitionsvertrag*

*der*

*Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*

*und der*

*Freien Demokratischen Partei*

*für die Legislaturperiode 2016-2021*

# Inhaltsverzeichnis

<b>Präambel</b>	<b>Seite 3</b>
<b>Verwaltung und Finanzen</b>	<b>Seite 5</b>
<b>Verkehr</b>	<b>Seite 7</b>
<b>Stadtentwicklung</b>	<b>Seite 10</b>
<b>Wirtschaft, Stadtmarketing, Citymanagement</b>	<b>Seite 12</b>
<b>Energie und Umwelt</b>	<b>Seite 14</b>
<b>Soziales</b>	<b>Seite 17</b>
<b>Kultur, Ehrenamt, Bürgerbeteiligung</b>	<b>Seite 19</b>
<b>Organisation der Zusammenarbeit</b>	<b>Seite 21</b>
<b>Weitere Vereinbarungen</b>	<b>Seite 21</b>

# Präambel

Die Wählerinnen und Wähler haben der Lampertheimer Politik für die kommenden fünf Jahre neue Schwerpunkte gesetzt. SPD und FDP sind bereit, diese im Rahmen einer partnerschaftlichen und kollegialen Zusammenarbeit auf Augenhöhe gemeinsam anzunehmen und in praktische Politik zu übersetzen.

Dabei erachten die beiden Partner es für wichtig, gemeinsam mit der Verwaltung und der Bürgerschaft Lampertheim voranzubringen. Nur eine gemeinsame Anstrengung aller dieser Kräfte kann es schaffen, unsere Stadt weiterzuentwickeln und neue Perspektiven zu schaffen, um Lampertheim weiterhin als eine Stadt vorzufinden, in der man Arbeit findet, gut leben kann und sich wohlfühlt.

Besondere Beachtung finden dabei folgende Schwerpunkte unserer Arbeit:

- Die finanzielle Konsolidierung unserer Stadt sowie die Herstellung moderner Verwaltungsstrukturen
- Die Gestaltung des demografischen Wandels durch eine Stadt mit Wohn-, Erlebnis und Fortbewegungsmöglichkeiten für alle Generationen
- Die Herstellung einer sozial gerechten Stadt für alle mit Wohnraum für jeden Geldbeutel und einer Daseinsfürsorge, die diesen Namen verdient
- Den Aufbau eines Citymanagements und eines Stadtmarketings, die Lampertheim attraktiv für Investoren machen und die Innenstadt beleben.
- Das Nutzen der Chancen der Digitalisierung für Lebensqualität und Wertschöpfung vor Ort.

Gemeinsam wollen wir die Kernstadt und auch ihre Stadtteile in den kommenden fünf Jahren entwickeln. Dabei gilt es Erreichtes zu sichern, Bewährtes zu erhalten aber auch neue Wege zu gehen. Eine mutige Kreativität muss den Gedanken des „Das geht nicht“ ablösen.

Ferner treten wir für eine gerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel zwischen den staatlichen Ebenen ein. Das Prinzip „Wer bestellt, der bezahlt“ muss im Sinne einer besseren finanziellen Ausstattung der Kommunen gelten.

Weiterhin steht die Koalition für eine mutige Priorisierung der geplanten politischen Projekte, um den engen finanziellen Spielraum einerseits zu nutzen, andererseits aber auch verantwortungsvoll mit Haushaltsmitteln umzugehen.

Hierfür tritt diese Koalition gemeinsam ein. Mit welchen Sachzielen oben beschriebene Schwerpunkte ausgestaltet werden sollen, ist in diesem Vertrag niedergeschrieben.

## Verwaltung und Finanzen

Um die städtischen Finanzen nachhaltig zu konsolidieren, im ersten Schritt keine Neuverschuldung mehr zu verursachen und schließlich auch Schulden abzubauen, ist eine gemeinsame Anstrengung und enge Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung notwendig. Hierzu soll mindestens 8-mal im Jahr innerhalb einer Arbeitsgruppe „Finanzen“ der „Status-Quo“ in Zusammenarbeit mit der Verwaltung besprochen werden.

Zu vier dieser Termine, angelehnt an die städtischen Abschlüsse und Auswertungen, findet ein umfassender „Soll-Ist-Abgleich“ mit Berichterstattung der Verantwortlichen der Verwaltung statt.

Selbstverständlich können nach Bedarf weitere Abstimmungen stattfinden.

Der Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung soll in engerem Turnus wie oben beschrieben tagen. Sitzungen sollen seitens der Verwaltung nicht mehr abgesagt werden.

In Fragen der Personalpolitik setzt sich die sozialliberale Koalition für eine tarifgerechte Entlohnung aller städtischen Mitarbeiter ein.

Die Verwaltung soll Schritt für Schritt einer externen Evaluation unterzogen werden. Fachbereich für Fachbereich sollen externe Berater Hinweise nach Einsparpotentialen sowie strukturellen Anpassungen geben. Ebenso sollen die Ergebnisse der seitherigen Evaluationen (zum Beispiel des Bauhofes) vollständig umgesetzt werden.

Die interkommunale Zusammenarbeit soll ausgebaut werden. Gerade in den Bereichen Abfall- und Abwasserentsorgung will die sozialliberale Koalition in dieser Wahlperiode konkrete Ergebnisse vorlegen können. Ferner sollen weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit im administrativen Bereich geprüft und vorangebracht werden.

Bei den Gebührenhaushalten wird grundsätzlich eine Kostendeckung angestrebt. Diese Kostendeckung soll sowohl durch Überlegungen zu Einsparungen als auch durch etwaige Anpassungen bei den Gebühren erreicht werden. Ausnahme bilden hier die Kinderbetreuungsgebühren. Diese sollen in möglichst gleichmäßigen Schritten jährlich um die jeweilige Kostensteigerung angehoben werden. Ziel ist es, den Deckungsgrad am Ende dieser Wahlperiode auf 20 % erhöht zu haben. Sondereffekte sind dabei zu berücksichtigen.

Für die Fortentwicklung des Friedhofswesens möchten wir zunächst auf Basis des getroffenen Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung eine Gesamtkonzeption mit entsprechenden Kostenoptimierungen vorgelegt wissen. Anschließend soll über etwaige Gebührenanpassungen gesprochen werden.

Das Anlagevermögen der Stadt soll durch den neuen Portfoliobeirat einer Analyse unterzogen werden. Es soll geprüft werden, inwiefern die Zins- und Anlagestruktur der Stadt durch Umschichtungen so verändert werden kann, dass entsprechende Einsparpotentiale genutzt werden können.

Zielsetzung der oben geschilderten Maßnahmen ist es, Steuererhöhungen gerade bei Grund- und Gewerbesteuer möglichst zu vermeiden. Sie sollen erst zum Tragen kommen müssen, wenn alle anderen der politisch von der Koalition angestrebten Wege der Konsolidierung ausgeschöpft sind. Eine Ausnahme hierbei bildet die Spielapparatesteuer, die auf das maximale zulässige Maß ausgeschöpft werden soll.

## Verkehr

Dem ÖPNV messen wir eine große Bedeutung bei. Daher wird geprüft, ob die VTL als eigenständige Gesellschaft weiter bestehen bleiben oder in ein neues Konstrukt überführt werden soll. Wichtig ist hierbei der Erhalt des steuerlichen Querverbundes. Unabhängig von dieser Entscheidung definieren wir ihren Aufgabenbereich neu: Tourismus soll aus dem Gesellschaftsvertrag herausgenommen werden, dafür soll mehr Kundenorientierung und weniger Verwaltung vorherrschen. Grundlage hierfür ist eine externe Analyse des Status Quo, gleichzeitig gilt es, einen engeren Austausch mit und eine umfassendere Kontrolle der VTL durch die Politik zu institutionalisieren. Dazu dient ein gemeinsamer interfraktioneller Arbeitskreis, der mindestens quartalsweise zu tagen hat und aus Mitgliedern der Fraktionen sowie der Verwaltung (VTL) besteht. Dieser nimmt Beschwerden und Anregungen auf und sorgt in Zusammenarbeit mit der VTL Verwaltung für eine sachgerechte Behandlung bzw. Umsetzung. Interessierte Fahrgäste, die Vorschläge äußern, können in die Sitzung des Arbeitskreises einbezogen werden.

Dieser Arbeitskreis kontrolliert die Umsetzung folgender Maßnahmen. Die VTL soll Kernstück eines echten Mobilitätsmanagements für die Bürger sein. Sie soll durch ein eigenes Ladenlokal bürgernäher und sichtbarer in das Stadtbild integriert werden. Diese Maßnahme soll ohne weiteres Personal umgesetzt werden. Die bestehenden Spielräume der aktuellen Vertragsgestaltung im Stadtverkehr Lampertheim sollen besser genutzt werden. Zu jedem Fahrplanwechsel werden durch eine wirtschaftliche Linienbetrachtung, einer Schwachstellenanalyse sowie Betrachtung der Nachfragepotenziale entsprechende Nachjustierungen erfolgen. Periodisch soll eine Analyse des Status Quo auf Basis der Fahrgastströme, der politischen Wünsche sowie der wirtschaftlichen Notwendigkeiten stattfinden.

Die sozialliberale Koalition unterzieht die aktuell doppelt geführten Linien 644 und 602 einer externen Überprüfung um Einsparpotentiale zu ermitteln. Außerdem sollen die ohne weitere Kostenbelastung darstellbaren Linienverbindungen der Linie 602 zwischen LA/Hüttenfeld und HP/Kreiskrankenhaus auf das vertraglich Mögliche ausgeweitet werden.

Unsere Vertreter auf Kreisebene werden aufgefordert, überörtliche Busverbindungen nach Bensheim sowie von Hofheim nach Worms voranzutreiben.

Schwächer genutzte Linien soll das Ruftaxi ablösen. Für diese Linien soll aber gleichrangig das Modell eines Bürgerbusses auf ehrenamtlicher Basis mit Unterstützung der Stadt geprüft werden.

Eine klare und rechtlich einwandfreie Trennung von politischer Management- bzw. Verbundebene (Bestellerebene) und unternehmerischer Erstellerebene (Auftragnehmer) wird eingehalten. Dies bedeutet u.a. keine über den bestehenden Verkehrsvertrag hinausgehenden vertraglichen, sachlichen oder personellen Verflechtungen (Mietverträge, gemeinsames Personal etc.) der VTL (Besteller) mit dem jeweiligen Auftragnehmer (Ersteller). Dies wird u.a. verdeutlicht durch die Einrichtung einer eigenständigen VTL Mobilitätszentrale, die mit vorhandenem VTL Personal zentrumsnah die Lampertheimer Bürger mit Dienstleistungen und Beratung rund um den Lampertheimer ÖPNV versorgt.

Die vollständige Barrierefreiheit auf Basis des PBefG an allen Haltestellen soll durch die Erstellung eines Haltestellenkatasters und eines Realisierungszeitplans unter Finanzierungsvorbehalt umgesetzt werden (vgl. Kapitel Soziales).

Wir setzen uns für die zeitnahe Realisierung der B 47-Umgehung rund um Rosengarten ohne weitere Zeitverzögerung ein. Zusammen mit Hessen Mobil soll auch erörtert werden, inwiefern die derzeit geplanten Zu- und Abfahrten flächenschonender gestaltet werden können (z.B. durch zweispurige Kreisel). Hierbei soll im Gespräch mit Hessen Mobil geklärt werden, ob es möglich ist die Zeit, die möglicherweise noch sehr lange dauern kann, bis zur Fertigstellung der Umgehung mit Maßnahmen – wie z.B. ampelgeregeltes wechselweise freigeben einer, nach derzeitigem Bauzustand der Ortsdurchfahrt möglichen – 3. Spur zur Rückstauentzerrung zu überbrücken.

Diese Möglichkeit kann aber nicht als Ersatz- oder Dauerzustand ins Auge gefasst werden.

Wir möchten das Konzept einer Umgehungsstraße der B 44 weiter entwickeln und darum werben, dass es zukünftig im Bundesverkehrswegeplan höher priorisiert Berücksichtigung findet.

Die Ostumgehung soll zur L 3110 fortgeführt werden. Hierbei soll die Trassenführung möglichst weit von der Wohnbebauung entfernt gewählt und mit entsprechendem Lärmschutz ausgestattet werden. Ein Projektbeirat soll eingerichtet werden, der die Realisierung des Neubaus der Straße in Zusammenarbeit mit dem Land vorantreibt.

Die von der Bahn erneut geplante C-Variante der ICE-Neubaustrecke durch den Lampertheimer Wald und über die Heide –wird abgelehnt. Wir fordern die Bündelung der Trassen entlang der A67/A6, Verlegung des Güterverkehrs auf die Neubaustrecke und den ICE auf die Bestandsstrecken

(Riedbahn) zum Schutze der Natur und der Bürger vor steigender Lärmbelastung. Wir unterstützen und sind hier im Einklang mit der örtlichen BILA und der überörtlichen IG BRN 21 Organisation, die gegen die geplante Trassenführung kämpfen. Dies ist auch im Sinne einer guten S-Bahn-Taktung.

Für den Bahnhof fordern wir im Rahmen des S-Bahn-Ausbaus die Herstellung einer vollständigen Barrierefreiheit. Dazu gehört ein entsprechender Aufzug auch an Gleis 1. Ferner sollen Fahrradschienen an allen Aufgängen installiert werden. Eine Videoüberwachung am Bahnhof soll eingerichtet und der Ausbau weiterer P&R Parkplätze über die bestehenden hinaus forciert werden.

In Fragen der städtischen Infrastruktur steht für die sozialliberale Koalition der Erhalt derselbigen im Mittelpunkt. Darum fordern wir ein Straßen- und ein Radwegesanierungskonzept mit entsprechenden Prioritätensetzungen und Kostenschätzungen. Dieses soll im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten nach und nach abgearbeitet werden.

Die sozialliberale Koalition fordert von der Stadtverwaltung ein ambitioniertes Konzept zur Beseitigung entbehrllicher Verkehrsschilder.

Auch für Fußgänger möchten wir Verbesserungen durchsetzen. Wir wollen gemeinsam mit lokalen Künstlern Kunstprojekte und entsprechende Lichtinstallationen in Angsträumen wie beispielsweise Unterführungen entwickeln. Damit sollen diese optisch aufgewertet und sauberer werden.

Zu Verkehrsfragen gehört auch der ruhende Verkehr. Wir möchten die Stellplatzsatzung überarbeiten. Bei Firmenneuansiedlung / -gründung soll geprüft werden, inwiefern die Ablöse für die ersten 3 Jahre ausgesetzt werden kann. Der Nachweis von dauerhaft angemieteten Stellplätzen in Parkhäusern wird angerechnet. Der soziale Wohnungsbau soll seine Ausnahmestellung in der Satzung behalten.

## Stadtentwicklung

Wir möchten Lampertheim auf Wachstumskurs halten. Hierzu ist eine offensive und sozial ausgewogene Stadtentwicklungspolitik nötig.

Wir möchten den sozialen Wohnungsbau stärken. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in Lampertheim ist groß. Darum sollen der Baugenossenschaft Grundstücke zur Bebauung angeboten werden. Die Zahl der Wohnungen mit Sozialbindung soll in den kommenden fünf Jahren spürbar ansteigen.

Wir möchten das geplante Baugebiet Gleisdreieck schnellstmöglich angehen, um jungen Familien Wohnraum in Lampertheim anbieten zu können. Um diesen Vorgang zu beschleunigen, kann gegebenenfalls ein Projektentwickler (z.B. MVV) eingeschaltet werden.

Ebenso soll die Baulandreserve der Stadt Lampertheim im Rahmen des aktuellen Flächennutzungsplans ausgenutzt werden. Perspektivisch sollen so die Baugebiete Gieselherstraße in Rosengarten, Am Sportfeld in Lampertheim und weitere Möglichkeiten in Hofheim In den Rheinlüssen sowie mittelfristig Im Langen Gräbel realisiert werden.

Die Koalitionspartner wollen die Gewerbegebiete Wormser Landstraße 1 und 2 zügig entwickeln.

Ferner soll die Innenentwicklung vorangetrieben werden. Bauliche Nachverdichtung sorgt für Wohnraum in der Innenstadt und neue Perspektiven für öffentliche Einrichtungen und stärkt damit den Stadtkern. Wir möchten hierbei besonders das Revier Emilienstraße/Domgasse/Neugasse/Neue Schulstr entwickeln. Im Rahmen eines Ideen-/Investorenwettbewerbs möchten wir das Areal einem Projektentwickler anvertrauen. Hierbei möchten wir die Visionen einer Markthalle und einer zentralen Veranstaltungsstätte sowie innenstadtnahen Wohnens berücksichtigen. Um das Projekt entsprechend zu begleiten soll ein Projektbeirat gegründet werden.

Auch für weitere Reviere wollen wir die Prüfung des Bauens in der zweiten Reihe und damit einer Nachverdichtung ermöglichen. Wir fordern dabei, dass diese Pläne mit den Bürgern und unter deren Einbeziehung umgesetzt werden.

Bausatzungen möchten wir vereinfachen. Sie sollen auf das gesetzlich Notwendige reduziert werden und Bauherren nicht über Gebühr durch Vorschriften zu belasten. Hierzu möchten wir einen Projektbeirat mit entsprechenden Experten einrichten.

Die beiden stadteigenen Gebäude des Stadtparkcafes und des Schillercafes werden einer Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen. Gegebenenfalls wird das Schillercafe privatisiert und das Stadtparkcafe in Erbpacht überführt.

Die sozialliberale Koalition legt Wert auf eine besitzbare und barrierefreie Stadt. Für das Ziel der Barrierefreiheit sollen entsprechende Zuschussmöglichkeiten ausgeschöpft werden. Darum möchten wir neben dem Absenken von Gehsteigen auf Nullniveau bei Sanierungen und blindengerechten Übergängen auch Wert auf ausreichend Sitzmöglichkeiten legen. Hierzu möchten wir ein entsprechendes Kataster erstellen, Lücken schließen und Sponsoren für Bänke gewinnen.

Wichtig sind den Koalitionspartnern auch die Erhaltung und Instandhaltung historischer und denkmalgeschützter Gebäude und Anwesen, wie z.B. das Rentamt. Hier sollen in Abstimmung mit den Eigentümern neue Wege geprüft werden.

Wir möchten prüfen, inwiefern in Lampertheim studentischer Wohnungsbau betrieben beispielsweise mit einem Partner wie dem Studentenwerk Mannheim werden kann.

Ein flächendeckender Breitbandausbau, der bis Oktober in Lampertheim durch die Telekom erfolgt, wird durch die politischen Gremien unterstützt. Weiße Flecken sollen entsprechend geschlossen werden. Ebenso strebt die Koalition die Bereitstellung von öffentlich zugänglichen WLAN-Hotspots an hoch frequentierten Orten im Stadtgebiet an. Hierzu soll auch das aufgelegte Förderprogramm des Landkreises genutzt werden. Eine Verbesserung der Situation in Hüttenfeld ist dringend anzugehen und Lösungen zu finden.

## **Wirtschaft, Stadtmarketing, Citymanagement**

Lampertheim ist eine lebenswerte Stadt und ein attraktiver Standort für Investoren. Um die guten Standortbedingungen nach außen besser zu vermarkten und Investoren nach Lampertheim zu bringen, sind entsprechende Anstrengungen seitens der Verwaltung vonnöten. Gleiches gilt für die Vision einer attraktiven Innenstadt. Zwar entscheidet am Ende der Kunde, wo er einkauft, jedoch entbindet dies Politik und Verwaltung nicht, den Rahmen zu setzen, um Lampertheim als attraktiven Wirtschaftsstandort im Wettbewerb anderer Städte und Einkaufszentren im Umkreis zu positionieren.

Wir möchten für Lampertheim einen Prozess für ein Zukunftskonzept für das Stadtmarketing starten. An einem extern moderierten runden Tisch sollen Verwaltung (hier insbesondere SEL, Tourismusbeauftragte und Stadtmarketing), Stadtmarketingverein, WUVV und Politik gemeinsam überlegen: Welches gemeinsame Verständnis existiert für den Begriff Stadtmarketing? Was bedeutet Citymanagement? Wie sprechen wir Investoren von außen an? Wie schaffen wir es, Lampertheimer für Lampertheim zu begeistern? Welche Ressourcen sind vorhanden? Welche Zielentwicklung gibt es? Wie sieht der Soll-Ist-Vergleich aus? Ergebnis soll ein Marketingplan für Lampertheim sein.

Am Ende dieses Prozesses soll neben einem Leitbild auch die Veränderung der organisatorischen Strukturen stehen. Wir möchten die Stabsstelle Stadtmarketing, die Tourismusbeauftragte sowie die SEL unter einem Dach vereinen. Diese Organisation soll mit einem externen ausführenden Geschäftsführer, einem Citymanager, versehen werden.

Eine zentrale Aufgabe ist es, Gründer in Lampertheim mehr zu unterstützen. In gemeinsamen Workshops, mit entsprechender Willkommenskultur in Form eines Briefes mit nützlichen Anlaufstellen, Kontaktpflege, der Möglichkeit des Networking oder weiteren Formen der Unterstützung sollen Menschen, die in Lampertheim ein Unternehmen gründen, willkommen heißen und ideell unterstützt werden. Dabei sollen auch die Angebote der Wirtschaftsförderung Bergstraße aktiv genutzt werden.

Ebenso wollen wir einen offensiveren Angang an die Leerstandsproblematik in der Innenstadt. Ein Leerstandsmanagement soll hier Abhilfe schaffen. Es soll ein Kataster auf der Homepage der Stadt veröffentlicht werden. Ebenso sollen kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen ergriffen werden, um Leerstände optisch aufzuwerten (Kunstaustellungen o.Ä.) und diese zu beseitigen.

Wir möchten die Verwaltung zu einer „mittelstandsfreundlichen Verwaltung“ machen und streben das entsprechende Gütesiegel an.

Die sozialliberale Koalition strebt an, mithilfe von Förderprogrammen wie Stadtumbau Hessen, lokaler Ökonomie und aktive Kernbereiche neue Impulse für die Innenstadt zu setzen. Hierbei steht einmal die Unterstützung von Neuansiedlungen zur Verminderung von Leerständen im Mittelpunkt, andererseits auch die bauliche Gestaltung der Innenstadt. Es gilt, neue Denkweisen zuzulassen: Wir möchten die Verkehrsführung in der Innenstadt verändern und probeweise die Kaiserstraße einspurig für den Verkehr freigeben.

## Energie und Umwelt

Wir möchten den Altrhein und das Naturschutzgebiet Biedensand für die Lampertheimer Bevölkerung erhalten und für Besucher touristisch erschließen. Hierzu soll der von der Stadtverordnetenversammlung gefasste Beschluss, eine Munitionssuche und eine Probebaggerung durchzuführen umgesetzt werden. Anschließend sollen auf Basis der erzielten Ergebnisse alle Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung ausgelotet und Partner mit ins Boot geholt werden. Ein zu gründender Projektbeirat begleitet und forciert das Vorhaben.

Unabhängig vom Ausbaggern des Altrheins prüfen wir einen erneuten Einbau einer Schließe am „Bau“ zur Stabilisierung der Wasserstände und fordern die Stadt Lampertheim auf, sich für den Erhalt der Wasserflächen in den Altwässern des Lampertheimer Altrheins (z.B. Welsches Loch, Heegwasser, Rallengraben) einzusetzen.

Wir möchten die Freizeitnutzung des Biedensand durch die Bürger aufrechterhalten, aber auch durch ein klar ausgewiesenes Wegenetz und den Erhalt der Beobachtungsstände zusammen mit HessenForst sichern.

Altrhein und Biedensand sollen in das Tourismuskonzept der Stadt eingebunden werden. Sie sollen ebenso Eingang in den UNESCO-Geo-Naturpark finden. Es soll geprüft werden, inwiefern es möglich ist, ein Altrheininformationszentrum, möglicherweise im ehemaligen „Fährhaus“, einzurichten.

Für den Lampertheimer Wald fordern wir den Schutz in seiner Funktion als Erholungsgebiet und in seiner übergeordneten Bedeutung für Tiere und Pflanzen. Wir möchten daher prüfen, inwiefern nachhaltiges Wirtschaften im Stadtwald möglich ist (z.B. eine FSC-Zertifizierung). Wir möchten prüfen, wie die aktuell noch vorhandenen Eichen- und Buchenbestände stabilisiert werden und in Zukunft wieder ausgebaut werden können.

Ferner soll geprüft werden, wie eine Pilotkartierung im Reliktwald in Zusammenarbeit mit HessenForst erarbeitet werden kann.

Die Biotopvernetzung und die Biodiversität möchten wir fortentwickeln und ausbauen. Hierzu sollen Fördermittel beantragt werden um ein möglichst dichtes Netz aus Heckenbiotopen, Baumreihen, Ackerlandstreifen und Feldrainen insbesondere in Hofheim und auf der Heide zu entwickeln.

Wir möchten die Biodiversität, also die Artenvielfalt, in der Agrarlandschaft durch Hecken- und Gebüschbäume, Blühstreifen und magere blumenreiche Wiesen auch im Sinne einer Biotopvernetzung erhöhen.

Wir möchten den Verbrauch landwirtschaftlich genutzter Flächen minimieren. Da dies im Verhältnis zu Zielen der Stadtentwicklung einen Zielkonflikt mit Entwicklungs- und Baumaßnahmen darstellt, möchte die sozialliberale Koalition im Einzelfall genau prüfen, wie hier ein Kompromiss erzielt werden kann.

Die Koalition fordert ein Konzept, wie bei Neubau und Sanierung möglichst viel Grün innerhalb der Stadt geschaffen werden kann. Dies soll in Zusammenarbeit mit dem zu gründenden Projektbeirat „Bausatzungen“ geschehen.

In Fragen der Entwässerung ist es für die Koalition von Bedeutung, dass die Pflege der Entwässerungsgräben nicht vernachlässigt wird.

Wir fordern eine Offensive für die Elektromobilität. Daher soll ein Verwaltungsmitarbeiter zum E-Lotsen ausgebildet werden und das Thema federführend betreuen. Gemeinsam mit Energieried soll die Möglichkeit einer Stromtankstelle geprüft werden.

Der Passivhausstandard wird nicht mehr verpflichtend beim Verkauf städtischer Grundstücke vorgeschrieben, sondern auf freiwilliger Basis geregelt.

Bei der Sanierung städtischer Gebäude soll der Fokus auf die Balance zwischen der Senkung des Energiebedarfs, der energetischen Effizienz sowie der Wirtschaftlichkeit der Investition gelegt werden.

Wir möchten prüfen, ob ein Batteriespeicher für die Photovoltaikanlage am Stadthaus wirtschaftlich sinnvoll ist.

Bei der Erstellung von Bebauungsplänen für neue Wohn- und Gewerbegebiete soll für Bauherren ein ganzheitliches Konzept aus Energieeffizienz und erneuerbaren Energien erstellt werden. Basis dieses Konzeptes soll das Projekt „Modellstadt 25+“ sein.

Energieried soll mehrheitlich in kommunaler Hand bleiben. Die Zusammenarbeit mit dem aktuellen Konzessionsnehmer, dem EWR, soll verstärkt werden.

Bei städtischen Neuanschaffungen soll seitens des Beschaffungsmanagements auf geringen Energieeinsatz und geringen Co<sup>2</sup>-Ausstoss geachtet werden.

Mithilfe eines Stromcontracting zwischen Energieversorger und Stadtverwaltung soll die Energieeffizienz innerhalb unserer Kommune erhöht und Einsparpotentiale für die Stadtverwaltung aufgespürt werden.

## Soziales

Im Mittelpunkt unserer Politik steht, Rahmenbedingungen für ein gutes Leben aller Menschen zu schaffen – unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Nationalität, sexueller Orientierung, Behinderung, religiösen oder politischen Anschauungen.

Die sozialliberale Koalition möchte das Recht auf die gesetzlich verankerten Betreuungsplätze in den Bereichen U3, Ü 3 und an der Grundschule garantieren und somit den hohen Standard in Lampertheim beibehalten. Ebenso ist es uns ein Anliegen, die Randzeitenbetreuung zu forcieren. Die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen sollen überprüft und schrittweise bei entsprechendem Bedarf angepasst und ausgeweitet werden. Um kurzfristigen Betreuungsbedarf zu bewältigen, soll die Einführung einer Betreuungsfeuerwehr in Zusammenarbeit mit strategischen Partnern aus Wirtschaft oder Gesellschaft (z.B. evangelisches Dekanat) geprüft werden. Die Koalition möchte einen Waldkindergarten initiieren.

Gebührenfreiheit im Kinderbetreuungsbereich wird im Zusammenspiel mit Land und Bund angestrebt. Im Schulbereich ist die Hess. Landesregierung aufgefordert, durch verstärkte Ganztagsbetreuung und bessere Konzepte für den Nachmittag die Kommunen zu entlasten.

Familienförderung steht für die sozialliberale Koalition an oberster Stelle. Dies betrifft einerseits die Förderung der Ansiedlung durch das Familienförderprogramm sowie andererseits die Beratung und Unterstützung bei sozialen Problemen.

Den von der Verwaltung angebotenen Sozialpass möchten wir beibehalten.

Für Kinder und Jugendliche wird es auch weiterhin das Ferienspielprogramm der Jugendförderung geben.

Die Zusammenarbeit mit den drei Beiräten unserer Stadt ist uns wichtig. Daher werden wir die Anliegen des Jugendbeirates, des Behindertenbeirates sowie des Seniorenbeirates ernst nehmen und die Beiräte in ihrer Arbeit unterstützen. Ebenso möchten wir die stärkere Einbindung der Beiräte in die Arbeit der politischen Gremien fördern.

Wir wollen das Leitbild der barrierefreien Stadt umsetzen und bei Straßensanierungen Gehsteige auf Nullniveau absenken und Leitsysteme für Sehbehinderte schaffen. An unseren Bushaltestellen soll der niederflurgerechte Einstieg bis 2021 flächendeckend möglich sein.

Die Wohlfahrtsverbände können sich auf die Unterstützung der sozialliberalen Koalition verlassen. Wir möchten ihre Arbeit besser vernetzen und prüfen, wie wir sie mit ihrer Zustimmung räumlich in einem Sozialzentrum zusammenfassen können.

Ferner möchten wir prüfen, inwiefern die Stadt aufsuchende Sozialarbeit durch Streetworker anbieten kann.

Die Integration von Menschen aus anderen Kulturen wird eine Hauptaufgabe in den kommenden Jahren sein. Wir wollen das Ehrenamt, dessen Leistungen in diesem Bereich vorbildlich sind, weiterhin unterstützen. Ehrenamt darf Hauptamt nicht ersetzen. Das Projekt der Integrationslotsen möchten wir fortführen und durch die Verwaltung unterstützen

Ferner möchten wir eine Armuts- und Sozialkonferenz einberufen, um im Dialog mit Trägern sozialer Leistungen gezielt Armut bekämpfen zu können und einen Überblick über die aktuelle soziale Situation in Lampertheim zu erhalten.

## Kultur, Ehrenamt, Bürgerbeteiligung

Das ehrenamtliche Engagement besitzt in unserer Stadt einen hohen Stellenwert und die sozialliberale Koalition sorgt dafür, dass dieses vielfältige Engagement auch weiterhin unterstützt und im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten gefördert wird. Das breite ehrenamtliche Engagement leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ohne diesen Einsatz wäre vieles in Lampertheim nicht möglich. Angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung wollen wir dazu beitragen, junge Menschen für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen.

Vereine und Sportvereine leisten eine unschätzbare wertvolle ehrenamtliche Arbeit, die der ganzen Gesellschaft zugutekommt. Die Vereine sind ein unverzichtbarer Bestandteil des sozialen und kulturellen Lebens in Lampertheim.

Wir werden Fortbildungen, Ehrungen genauso wie Vernetzung und Beratung vor Ort unterstützen. Die Jugendarbeit soll auch in Zukunft als Schwerpunkt der Vereinsförderung bleiben.

Die sozialliberale Koalition unterstützt:

Sowohl die Vereine als auch alle ehrenamtliche Tätigkeiten bei der Hilfe zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Wir möchten die Vereinsförderung nach dem Grundprinzip Hilfe zur Selbsthilfe beibehalten, aber strukturelle Veränderungen unterstützen. Ebenso soll Transparenz darüber hergestellt werden, welche Form von Vereinsförderung wo und für welchen Verein geleistet wird.

Engagement auch außerhalb von Vereinen und Verbänden

- Mit der Hilfe bei der Benennung zur Ehrenamtskarte
- Der Ehrenamtsabend soll weiter stattfinden
- Bürger, die sich im Ehrenamt besonders auszeichnen, werden geehrt

Insbesondere die freiwillige Feuerwehr, DLRG, DRK, THW und andere Hilfsorganisationen werden wir im Rahmen von Aus- und Fortbildung und bei der Nachwuchsgewinnung unterstützen. Sie verdienen

Anerkennung und Wertschätzung. Die Mitglieder der Hilfsorganisationen sollen die Möglichkeit auf einen aktuellen Ausbildungsstand bekommen und eine sichere Ausrüstung, sowie entsprechende Räumlichkeiten haben.

Bei Stellenausschreibungen der Stadtverwaltung werden Bewerber, die ein ehrenamtliches Engagement nachweisen können, welches sie für die zu besetzende Stelle als besonders geeignet erscheinen lässt, bei gleicher Qualifikation vorrangig berücksichtigt.

Kultur stiftet Identität und stärkt den Zusammenhalt in einer Kommune. Ein kulturelles Leben in unserer Stadt ist ohne breites ehrenamtliches Engagement kaum denkbar. Bürger haben bereits großartige kulturelle Events geschaffen. Dieses reichhaltige Kulturleben möchten wir durch lokale Koordination und werbliche Aktivitäten unterstützen.

Die sozialliberale Koalition unterstützt die Initiative, einen Rundwanderweg um Lampertheim und die Stadtteile auszuweiten und die geschichtlich und kulturell wichtigen Punkte zu markieren und zu verbinden.

In Lampertheim haben sich zahlreiche künstlerische Subkulturen gebildet. Diese haben sich inzwischen zu einer nachhaltigen und vielfältigen Kulturszene entwickelt. Die sozialliberale Koalition möchte diese vielfältige Kultur- und Künstlerszene zusammenführen, erhalten, fördern und erweitern. Dies schließt die Schaffung eines gesonderten Kulturpreises mit ein (vgl. Courage Orden in Bürstadt).

Die Bürgerbeteiligung wollen wir stärken und den Agenda-Prozess sowie den Weg zur Bürgerkommune weiter beschreiten. Bürgerversammlungen sollen häufiger durchgeführt werden. Ferner möchten wir mindestens alle zwei Jahre eine Stadtverordnetenversammlung auf dem Europaplatz durchführen. Die Gründung weiterer Beiräte möchten wir unterstützen und wichtige Spieler außerhalb von Politik und Verwaltung durch Projektbeiräte bei Sachfragen stärker einbeziehen.

# Organisation der Zusammenarbeit

SPD und FDP bilden eine Koalitionsrunde. Diese setzt sich aus jeweils drei von den Fraktionen beider Parteien benannten Vertretern zusammen. Die Koalitionsrunde hat die Aufgabe, den laufenden Betrieb der Sitzungsrunden vorzubereiten, aber auch mittel- und langfristige Projekte der Koalition zu planen. Zur Klärung besonderer Fragen insbesondere des Haushaltes wird der Erste Stadtrat hinzugezogen.

Beide Partner sorgen stets dafür, dass in jeder Phase der STVV eine eigene Mehrheit der Koalition bei Abstimmungen über Sachfragen gesichert ist.

Anträge der Koalition werden grundsätzlich zusammen eingebracht.

Beide Partner stimmen grundsätzlich gemeinsam über Vorlagen der Verwaltung sowie Anträge der Opposition ab. Sollte einmal keine Einigkeit über o.G. erzielt werden, wird die entsprechende Vorlage zunächst von der Tagesordnung abgesetzt. Sollte auch nach nochmaliger Beratung in der Koalitionsrunde keine Einigkeit erzielt werden können, prüfen die Partner, inwiefern eine Enthaltung eines Partners möglich ist. Sollte auch dies nicht möglich sein, stimmt jede Fraktion nach eigener Überzeugung ab.

## Weitere Vereinbarungen

- Die SPD hat das Vorschlagsrecht für den Posten des Ersten Stadtrates.
- Die SPD hat das Vorschlagsrecht für den Posten des Stadtverordnetenvorstehers.
- Die SPD tritt für die Zeit der Wahlperiode einen Platz im Magistrat an die FDP ab. Der Magistrat bleibt bei 8 Mitgliedern. Es wird eine gemeinsame Liste beider Partner vorgelegt.
- Ein Magistratsmitglied der FDP soll nach Rücksprache mit dem Bürgermeister ehrenamtlich mit der Leitung eines Dezernates betraut werden.
- Die FDP stellt die Ausschussvorsitzenden im SEBA und im RPA.
- Die SPD stellt die Ausschussvorsitzenden im HUFA und im SoA.

Lampertheim, den 12. Mai 2016

---

Marius Schmidt

Fraktionsvorsitzender der SPD

---

Thomas Bittner

Fraktions-/Parteivorsitzender der FDP

---

Jens Klingler

Parteivorsitzender der SPD

---

Fritz Röhrenbeck

---

Christiane Krotz

---

Gottlieb Ohl

---

Fritz Götz

---